



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

2011/2113(INI)

5.3.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu „Handel für Wandel: Die Handels- und Investitionsstrategie der EU für den südlichen Mittelmeerraum nach den Revolutionen des Arabischen Frühlings“
(2011/2113(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Spyros Danellis

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt fest, dass der Ausgang des noch andauernden Prozesses des Wandels im südlichen Mittelmeerraum, der durch den „Arabischen Frühling“ ausgelöst wurde, für die betroffenen Länder ungewiss ist und seine Auswirkungen für die gesamte Region und die EU nicht absehbar sind; hebt hervor, dass die Förderung und Unterstützung eines nachhaltigen und breitenwirksamen Wirtschaftswachstums in der Region und somit ein Anstieg des Wohlstands und des Lebensstandards entscheidend für die Sicherung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie für die Schaffung politischer Stabilität ist; weist auf die Bedeutung der Landwirtschaft, die in den südlichen Mittelmeeranrainern über ein Drittel der Erwerbsbevölkerung beschäftigt, und der ländlichen Entwicklung für den Stabilisierungsprozess hin, da sie insbesondere bei den zunehmenden Schwankungen auf dem Weltmarkt zu größerer Ernährungssicherheit, einer gerechteren Schaffung und Verteilung von Einkommen, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der wirtschaftlichen Eingliederung von Frauen und Kleinerzeugern beitragen;
2. begrüßt daher die Absicht der Kommission, die ländliche Entwicklung mit dem Programm „Fazilität für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik“ zu unterstützen, das die Investitionsförderung einbezieht und Verwaltungskapazitäten auf der Grundlage von in der EU bewährten Verfahren zur Entwicklung des ländlichen Raumes ausbauen würde, um so die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion gemäß den EU-Normen für Qualität und Nahrungsmittelsicherheit zu erleichtern;
3. begrüßt ebenfalls, dass die Kommission sich in ihrer Gemeinsamen Mitteilung vom 25. Mai 2011 (COM(2011)303) dazu verpflichtet hat, Pilotprogramme für die landwirtschaftliche, ländliche und regionale Entwicklung auf der Grundlage der umfassenden Erfahrung der EU in diesen Bereichen und bei bestmöglicher Nutzung einer engen Zusammenarbeit mit der FAO, der Weltbank und möglicherweise der EIB zu finanzieren;
4. fordert die EU auf, sowohl die Entwicklung einer gesunden landwirtschaftlichen Erzeugung als auch die ländliche Entwicklung in der Region als Teil der Bekämpfung der Armut, dem Dauerproblem im ländlichen Raum, zu unterstützen und so den Stabilisierungsprozess zu fördern; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Verbesserungen im Bereich der Institutionen und der Infrastruktur (z. B. Bewässerung, Verarbeitung, Lagerung, Verpackung, Transport, Vermarktungssysteme und Zugang zu Diensten) zusätzlich zu technologischen Verbesserungen sowie die Bedeutung von allgemeinen und beruflichen Bildungsprogrammen, insbesondere für Frauen und Situationen, in denen die Erzeuger kaum organisiert sind und die Zivilgesellschaft wenig entwickelt ist, was weitere Hemmnisse für die Entwicklung eines effizienten Agrar- und Lebensmittelsystems darstellt; betont die Rolle von Beratungsdiensten für die Erleichterung der Weitergabe von Wissen; hebt hervor, dass die weltweite Besorgnis über Umweltveränderungen und Klimawandel dafür sorgen sollte, dass eine nachhaltige

Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Energie sowie entsprechende Produktionsmethoden gefördert werden; unterstreicht die Notwendigkeit, angesichts einer steigenden weltweiten Nachfrage nach Nahrungsmitteln die Diversifizierung der Produktion zu fördern, um die Widerstandsfähigkeit bei Marktschwankungen und Umweltkrisen zu erhöhen;

5. fordert die Kommission des Weiteren auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den südlichen Mittelmeerraum bei der Schaffung von ordnungspolitischer Konvergenz in den für die EU und die Region vorrangigen Bereichen – einschließlich Wettbewerb, Investitionen sowie Normen und Verfahren für den Handel – und der Angleichung der Produktion an die EU-Normen für Qualität und Nahrungsmittelsicherheit, Umweltschutz, Pflanzen- und Tierschutz unter Wahrung des Gegenseitigkeitsprinzips zu unterstützen; vertritt die Auffassung, dass die genannten Entwicklungen geeignet wären, das Exportpotenzial dieser Länder in Richtung der Europäischen Union zu erhöhen; betont jedoch, dass es unabdingbar ist, gleichzeitig sensible Bereiche in der Landwirtschaft der EU, insbesondere die der Mittelmeerländer, vor den Auswirkungen einer vollständigen Liberalisierung der Märkte zu schützen; weist darauf hin, dass eine Intensivierung des Handels für alle Beteiligten in ausgeglichener Weise gestaltet werden muss, um eine einseitige Vorteilsnahme zu vermeiden;
6. fordert des Weiteren, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen – um nicht Sozial- und Umweltdumping zwischen den betreffenden Ländern und in ihren Beziehungen zur EU zu begünstigen – nach dem Vorbild der bereits während der Beitrittsvorbereitung und im Verhältnis zu den Nachbarländern der Europäischen Union praktizierten Verfahren die verstärkte Einführung innovativer Ansätze ermöglichen sollten, um lokale Kompetenzen zu fördern und Schulungen zur Bildung von Erzeugerorganisationen sowie zur Entwicklung lokaler und regionaler Märkte im Rahmen des Austauschs bewährter Verfahren zwischen den Ländern und mit der EU durchzuführen;
7. weist auf den Beitrag und die Rolle hin, die eine größere Integration zwischen den nordafrikanischen Ländern und den Ländern südlich der Sahara spielen könnte, und hebt die Notwendigkeit hervor, Schritte auf internationaler Ebene zu ergreifen, um ein einseitiges Vorgehen zu vermeiden, wie es oft als Antwort auf Nahrungsmittelkrisen und extreme Wetterphänomene zu beobachten ist;
8. fordert die Kommission auf, Programme, die speziell den in der Landwirtschaft beschäftigten jungen Menschen und Frauen gewidmet sind, zu unterstützen, und hebt die Notwendigkeit hervor, Schritte auf europäischer Ebene einzuleiten, um insbesondere junge Menschen für eine Tätigkeit in der Landwirtschaft zu gewinnen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	29.2.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 25 -: 1 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	John Stuart Agnew, Liam Aylward, Vasilica Viorica Dăncilă, Michel Dantin, Paolo De Castro, Albert Deß, Herbert Dorfmann, Iratxe García Pérez, Béla Glattfelder, Sergio Gutiérrez Prieto, Martin Häusling, Esther Herranz García, Peter Jahr, Elisabeth Jeggle, Elisabeth Köstinger, George Lyon, Mairead McGuinness, Krisztina Morvai, Mariya Nedelcheva, James Nicholson, Rareş-Lucian Niculescu, Britta Reimers, Alfreds Rubiks, Giancarlo Scottà, Czesław Adam Siekierski, Sergio Paolo Francesco Silvestris, Csaba Sándor Tabajdi, Janusz Wojciechowski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Luís Paulo Alves, Sylvie Goulard, Christa Klab, Anthea McIntyre